

Familieninitiative scheitert fulminant

Drohungen der Finanzpolitiker liessen die Sympathien für das Volksbegehren schmelzen

Von Martin Furrer

Bern. Im Oktober hatte es noch gut ausgesehen für die Familieninitiative der SVP. Sie wollte mit einem einzigen neuen Satzchen in der Bundesverfassung für ausgleichende Gerechtigkeit in der Steuerpolitik sorgen. «Eltern, die ihre Kinder selber betreuen», lautete die Forderung, «muss für die Kinderbetreuung ein mindestens gleich hoher Steuerabzug gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.» 64 Prozent der Stimmwilligen gaben damals in der ersten SRG-Trendumfrage an, mit Ja votieren zu wollen.

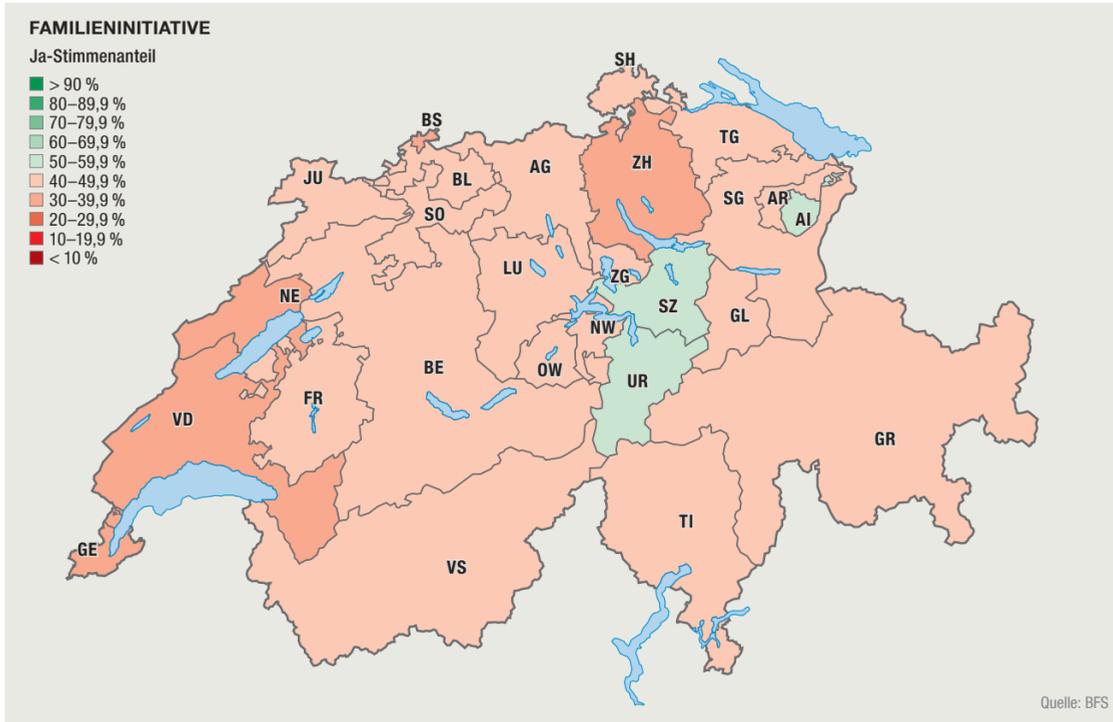
Am Ende, das zeigte sich gestern schnell, waren es dann bloss noch 41,5 Prozent der Stimmenden, die das Begehren tatsächlich an der Urne unterstützten – fast aufs Komma genau so viele beziehungsweise so wenige, wie die zweite SRG-Sondage am 13. November prophezeit hatte. Die Sympathie gegenüber dem Anliegen der SVP ist also schnell geschrumpft.

Spezialisten fürs Kleingedruckte

Einsam stehen jetzt die Kantone Uri, Schwyz und Appenzell Innerrhoden als die drei einzigen befürwortenden Stände da, selbst sie aber nur mit knappen Ja-Mehrheiten. Der Rest der Schweiz zeigt eine Nation, im Nein vereint. Sogar Kantone wie Zug, Luzern oder Wallis, die ihren Bürgern bereits einen Eigenbetreuungs-Abzug bei der Steuererklärung zugestehen, sagten Nein.

In Kantonen mit grösseren Städten – zum Beispiel Genf, Waadt, Neuenburg, Zürich, Basel-Stadt – wurde das Begehren besonders wuchtig abgelehnt. Politologe Claude Longchamp zeichnete gestern am Schweizer Fernsehen das Bild eines Landes, das sehr unterschiedliche familienpolitische Ansichten hat. So hätten etwa Frauen mit höherer Bildung, die voll oder Teilzeit arbeiten, die Initiative eher verworfen als solche, die nicht berufstätig sind.

Longchamp spricht in diesem Zusammenhang von einer eher «modern» denkenden Bevölkerung, die Nein gestimmt hat, und einer tendenziell «tra-



Eine Nation, im Nein vereint. Vor allem in den Städten stiess die Familieninitiative auf Widerstand. Grafik: BaZ/mm

ditionell» eingestellten Bevölkerung, die das SVP-Begehren unterstützte. Diese Erklärung vermag allerdings nicht voll zu überzeugen. Die SRG-Trendumfrage im Vorfeld der Abstimmung hatte nämlich gezeigt, dass die Ideologie bei diesem Urnengang wohl keine besonders grosse Rolle gespielt hat. Selbst Linke und Grüne waren der Initiative zumindest anfänglich noch sehr wohlwollend gegenübergestanden.

Was ist denn passiert, dass die Familieninitiative, die so fulminant startete, jetzt so fulminant gescheitert ist?

Einer der Gründe ist in der Tatsache zu suchen, dass am Ende selbst die Urheber nicht mehr mit voller Kraft für ihr Anliegen kämpften. Als im März dieses Jahres ein Familien-Artikel in der Bundesverfassung zur Abstimmung stand, der die Vereinbarkeit von Familie und

Beruf fördern sollte, lief die SVP mit einem landesweit verteilten Extrablatt dagegen Sturm. Im Kampf um ihre eigene Familieninitiative aber geriet sie schnell in die Defensive. Die Spezialisten fürs Kleingedruckte, die Finanzpolitiker, gewannen Oberhand.

Diskussion geht weiter

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und Finanzdirektoren der Kantone wurden nicht müde, vor Steuerausfällen zu warnen. 1,4 Milliarden Franken könnten Bund und Kantone verlieren, drohten sie. Longchamp ist überzeugt: «Das hat die Debatte auf den wunden Punkt gelenkt», so sei die anfängliche Sympathie einem wachsenden Misstrauen gewichen.

Jetzt ist die Initiative beerdigt, nicht aber die Diskussion um die Familien-

politik. Die SP will über Steuergutscheine für alle Familien diskutieren, die CVP Kinderabzüge von der Steuer befreien.

FAMILIENINITIATIVE

Ja-Stimmen	1 139 743
Nein-Stimmen	1 604 476
Abgelehnt mit	58,47%

Stimmbeteiligung Schweiz 52,91%

Aufgefallen: Die Familieninitiative angenommen haben die drei Kantone Appenzell Innerrhoden (52,12 % Ja-Stimmen), Schwyz (51,2) und Uri (50,75).

Kommentar

Schluss mit der Klientelpolitik

Von Martin Furrer

Das Nein zur Familieninitiative ist das Nein einer nüchtern kalkulierenden Mehrheit im Land. Sie hat sich gefragt: Bringt mir das Begehren



finanziell etwas? Sympathien für oder gegen die sogenannte traditionelle Familie, die es in der Realität so absolut nicht gibt, spielten weniger eine Rolle. Analysen vor der Abstimmung haben gezeigt, dass die SVP-Initiative selbst bei Sozialdemokraten und Grünen auf Sympathie stiess.

Auch die Drohung der Finanzpolitiker, bei einem Ja seien die Steuerabzüge für die Fremdbetreuung in Gefahr, dürfte zur Ablehnung beigetragen haben. Die Drohung war hinterhältig: Die SVP forderte einen «mindestens gleich hohen Steuerabzug» für Allein-Betreuer – also bloss ausgleichende steuerliche Gerechtigkeit. Nichts mehr, nichts weniger. Leider geht die Politik mit dem Taschenrechner weiter: Jetzt steht die CVP-Forderung nach Abschaffung der Heiratsstrafe und für die Steuerbefreiung von Kinderzulagen zur Debatte.

So berechtigt diese Anliegen sein mögen – sie zielen, wie die Familieninitiative der SVP, in die falsche Richtung. Alle Parteien bedienen heute Partikularinteressen, um Wähler zu ködern. Doch sie sollten besser tiefere Steuern für alle statt Abzüge für viele fordern. Schluss mit der Klientelwirtschaft – das muss die Devise der Zukunft sein.

martin.furrer@baz.ch

Die Lehren aus dem Nein – so urteilen die Politiker



«Es ist uns leider nicht gelungen, aufzuzeigen, dass die heute steuerlich begünstigte Fremdbetreuung die öffentliche Hand stark belastet. Wir konnten auch nicht darlegen, dass dank der Familieninitiative nicht nur die Reichen, sondern der gesamte Mittelstand entlastet worden wäre.»

Albert Röstli, Nationalrat (SVP, BE)



«Das Nein zur Familieninitiative ist eine Bestätigung der heutigen Familienbesteuerung. Das Stimmvolk hat sich für eine offene Gesellschaft mit unterschiedlichen Familienmodellen ausgesprochen.»

Eveline Widmer-Schlumpf, Finanzministerin (BDP, GR)



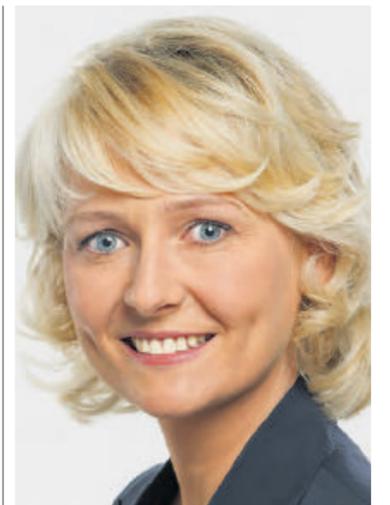
«Wir konnten eine steuerliche Ungerechtigkeit verhindern und die bewährte Familienpolitik in der Schweiz stärken. Die Steuerbefreiung der Kinderzulagen, wie sie die CVP fordert, ist viel gerechter als die jetzt abgelehnte SVP-Initiative.»

Barbara Schmid-Federer, Nationalrätin (CVP, ZH)



«Es ist uns gelungen, die Argumente der Initianten zu entlarven. Sie behaupteten, sie wollten niemandem etwas wegnehmen. Wir konnten aufzeigen, dass dem überhaupt nicht so ist.»

Tiana Moser, Nationalrätin (GLP, ZH)



«Das Volk hat sich glücklicherweise nicht vom sehr klug gewählten Titel der Initiative verführen lassen.»

Isabelle Moret, Nationalrätin (FDP, VD)